

### **III. Nachrichtendienste der Volksrepublik China**

#### **1. Entwicklung in der Volksrepublik China**

**Diktatur und wirtschaftliche Stabilität** Die von der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) diktatorisch regierte Volksrepublik ist ein kommunistischer Staat, der jedoch seit zwei Jahrzehnten seine Wirtschaft zunehmend nach marktwirtschaftlichen Prinzipien entwickelt und einen steilen Aufschwung verzeichnet. Chinas Ökonomie zeigt sich in der globalen Finanzkrise relativ stabil, was seine stetig wachsende Bedeutung für den Welthandel belegt.

**Aufrüstung und Machtdemonstration** Die wirtschaftliche Entwicklung verbessert nicht nur den Lebensstandard weiter Kreise der Bevölkerung, sondern ermöglicht auch eine langfristig angelegte Aufrüstung der Volksbefreiungsarmee (VBA). Die Volksrepublik demonstriert ihre wachsende Macht, insbesondere durch die Anschaffung moderner Waffentechnik sowie den Ausbau der Luft- und Seestreitkräfte.

**Unterdrückung und Aufruhr in Xinjiang** Trotz zunehmender gesellschaftlicher Freiräume unterdrückt die Regierung nach wie vor unliebsame Personen und Vereinigungen, oft unter Missachtung der Menschenrechte. Ethnische und religiöse Minderheiten sind häufig Ziel einer repressiven Politik der Zentralmacht. Die aus dieser Unterdrückung resultierenden Unruhen in Tibet im März 2008 sowie in der von muslimischen Uiguren bewohnten Region Xinjiang im Juli 2009 schlugen die chinesischen Sicherheitskräfte gewaltsam nieder.

#### **2. Strukturen und Aufgaben**

Das wichtigste Ziel der KPCh ist die Verteidigung ihres Machtmonopols. Die Partei betrachtet Andersdenkende als Bedrohung für ihre Stellung, geht mit massiver staatlicher Repression gegen diese vor und sichert mit Nachdruck die absolute Kontrolle über die von ethnischen Minderheiten bewohnten Landesteile. Dazu unterhält die Partei mit umfassenden Befugnissen ausgestattete Nachrichtendienste, die keinen rechtsstaatlichen Beschränkungen unterliegen. Zudem nutzt sie die Nachrichtendienste zur Unterstützung der eigenen Wirtschaft.

---

**MSS und MID** Insbesondere das Ministerium für Staatssicherheit (Ministry of State Security – MSS) und der Militärische Nachrichtendienst (Military Intelligence Department – MID) entfalten Aufklärungsaktivitäten in der Bundesrepublik Deutschland.

Der zivile Nachrichtendienst MSS verfügt in China über einen großen Personalbestand, besitzt in Fällen der Gefährdung der Staatssicherheit Polizeibefugnisse und nimmt eine zentrale Rolle bei der Auslandsspionage ein. Abgetarnte Angehörige des MSS sind auch in Deutschland aktiv und bemühen sich um die Beschaffung von Erkenntnissen zu unterschiedlichen Themenbereichen.

Das MID ist Teil der VBA und beschafft Informationen, die für die äußere Sicherheit sowie die militärischen Fähigkeiten der VBA von Bedeutung sind.

**MPS** Auch das Ministerium für Öffentliche Sicherheit (Ministry of Public Security – MPS) setzt nachrichtendienstliche Methoden ein, obwohl es eigentlich das zentrale Polizeiministerium der Volksrepublik ist. Da ihm die generelle Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit obliegt, verfügt es über eine Schlüsselposition bei der Unterdrückung innerer Unruhen. Vor diesem Hintergrund versucht das MPS, Informationen über Bevölkerungsgruppen zu gewinnen, die von der KPCh als Ursache von Sicherheitsgefährdungen angesehen werden. Es überwacht in China auch das Internet und ist deshalb in der Lage, die elektronische Kommunikation ausländischer Firmenniederlassungen zu kontrollieren.

### **3. Zielbereiche und Aufklärungsschwerpunkte**

**Wirtschaftsspionage** Die chinesischen Nachrichtendienste wissen um die Bedeutung der ökonomischen Entwicklung zur Wahrung der inneren Ordnung sowie zur Stärkung der Stellung Chinas als aufstrebende Großmacht. Sie bemühen sich deshalb um sensible Informationen aus der deutschen Wirtschaft. Darunter fallen Erkenntnisse über neue Produkte und Herstellungsprozesse oder aktuelle Forschungsergebnisse (vgl. Kap. VII).

Wegen der Verflechtung von Staat und Unternehmen ist bei Ausspähungsversuchen von chinesischer Seite in der Regel schwer zu unterscheiden, ob es sich dabei um eine von einer staatlichen Stelle be-

triebene Wirtschaftsspionage handelt oder ob eine (private) Firma Konkurrenzausspähung verübt.

**Bekämpfung der „Fünf Gifte“** Die chinesische Regierung diffamiert die als größte Gefahren für die eigene Macht bewerteten Personengruppen als so genannte Fünf Gifte. Sie bekämpft diese nicht nur in der Heimat, sondern späht auch die in Deutschland lebenden Anhänger aus. Betroffen sind vor allem die von China des Separatismus verdächtigten Uiguren und Tibeter sowie die Angehörigen der Meditationsbewegung Falun Gong. Darüber hinaus betrachtet die KPCh auch Mitglieder der Demokratiebewegung und Befürworter einer Eigenstaatlichkeit Taiwans als Staatsfeinde.

**Politik und Militär** Für die Nachrichtendienste besteht Bedarf an Informationen über die Haltung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Volksrepublik sowie ihre Politik in internationalen Organisationen wie der EU. Vor dem Hintergrund der Modernisierung der VBA sind die Entwicklung und Struktur der Bundeswehr, deren Rolle in der NATO sowie die Produktpalette der deutschen Rüstungsindustrie wichtige Aufklärungsziele.

## **4. Methodische Vorgehensweisen**

### **4.1 Informationsgewinnung in Deutschland**

Grundsätzlich gehen die chinesischen Nachrichtendienste beim Sammeln von Erkenntnissen in Deutschland äußerst vorsichtig vor und bemühen sich darum, Aufsehen zu vermeiden.

**Legalresidenturen** Sie nutzen die offiziellen Niederlassungen ihres Heimatlandes zur Abtarnung entsandter Mitarbeiter. Neben der Botschaft in Berlin unterhalten sie Legalresidenturen in den Generalkonsulaten in Hamburg, Frankfurt am Main und München. Weitere Möglichkeiten bietet den Diensten die Zusammenarbeit mit den in Deutschland akkreditierten chinesischen Journalisten.

**Nutzung offener Quellen** Die Mitarbeiter der Nachrichtendienste werten zur Erkenntnisgewinnung zunächst frei zugängliche Informationsquellen wie Pressebeiträge, Fachliteratur und Veröffentlichungen im Internet aus. Zudem besuchen sie öffentliche Veranstaltungen, z.B. Diskussionsabende, Seminare oder Industriemessen.

---

**„Abschöpfung“ von Kontaktpersonen** Zur Vertiefung des dadurch erlangten Wissens nutzen die Nachrichtendienstangehörigen die im Rahmen ihrer offiziellen Tätigkeit aufgebauten Kontakte. Die in Gesprächsführung geschulten Nachrichtendienstangehörigen versuchen, ihren Gesprächspartnern durch eine geschickte Konversation Informationen zu entlocken, die diese ansonsten nicht preisgeben würden. Ziel derartiger Abschöpfungsversuche sind u.a. Vertreter deutscher Behörden und Unternehmen, aber auch Bundeswehrsoldaten oder Wissenschaftler.

**Aufbau von Beziehungen** Von besonderem Interesse sind vor allem Kontaktpersonen, die nicht nur Zugang zu sensiblen Informationen haben, sondern auch ein gesteigertes Verständnis für die Interessen der Volksrepublik erkennen lassen. Die Nachrichtendienstangehörigen bemühen sich um eine persönliche Beziehung, die sie durch wiederholte Treffen, Einladungen zu Restaurantbesuchen, Geschenke und persönlichen Zuspruch zu einer scheinbar freundschaftlichen Verbindung ausbauen. In einem langfristigen Prozess „kultivieren“ sie interessante Wissensträger, damit diese ihren vermeintlichen Freunden einen Gefallen erweisen oder sensible Informationen preisgeben.

**Non-Professionals und Delegationen** Weitere Möglichkeiten für die Erkenntnisgewinnung ergeben sich aufgrund der intensiven zwischenstaatlichen Wirtschafts- und Wissenschaftskooperation. So leben und arbeiten etwa 80.000 Chinesen in Deutschland, darunter etliche Gastwissenschaftler, Praktikanten und Studenten. Die Nachrichtendienste kennen das Wissenspotential dieser Personen. Sie verschaffen sich einen Überblick über deren Zugänge, bauen Kontakte auf und versuchen, Einzelne für eine Zusammenarbeit zu gewinnen. Dabei weisen die Nachrichtendienstangehörigen ihre Landsleute auf das Privileg hin, in Deutschland arbeiten zu können und appellieren zugleich an deren Patriotismus. Für die Dienste bringt die Nutzung dieser so genannten Non-Professionals den Vorteil, dass bei Bekanntwerden eines Ausspähungsversuchs nicht ersichtlich ist, ob dieser aus Eigeninitiative oder im staatlichen Auftrag erfolgte.

Die gleiche Situation ergibt sich bei Besuchen chinesischer Wirtschaftsvertreter in deutschen Betrieben. In den letzten Jahren fielen mehrfach Mitglieder von Delegationen durch Aufklärungsbemühungen auf. Zwar konnte bei diesen Aktivitäten ein staatlicher Hintergrund nicht nachgewiesen werden; gleichwohl scheinen daran beteiligte Abgesandte chinesischer Unternehmen Konsequenzen in der Heimat nicht zu befürchten. Ein Beispiel für derartige Bemühungen:

Im September 2009 erhielt eine in Süddeutschland angesiedelte Firma Besuch ihres chinesischen Geschäftspartners. Dieser fiel während einer Werksbesichtigung auf, als er mit einer verdeckt getragenen Minikamera Filmaufnahmen anfertigte. Die daraufhin verständigten Polizeibeamten nahmen den Besucher fest. Nach dreimonatiger Untersuchungshaft und einer Schadensersatzzahlung in Höhe von 80.000 Euro wurde er am 4. Dezember 2009 zu einer Bewährungsstrafe von 18 Monaten gem. § 17 Abs. 2 UWG (Konkurrenzausspähung) verurteilt.

## **4.2 Bekämpfung der „Fünf Gifte“ in Deutschland**

Im Unterschied zur Informationsbeschaffung in den Bereichen Politik, Militär und Wirtschaft verhalten sich die chinesischen Nachrichtendienste bei der Aufklärung und Bekämpfung der „Fünf Gifte“ (vgl. Nr. 3) deutlich aggressiver.

**Ausforschen der „Fünf Gifte“** Ein Aufklärungsschwerpunkt ist die Ausforschung entsprechender Aktivitäten. Dazu gehört die Beobachtung öffentlicher Veranstaltungen wie Diskussionsabende zur Lage in Tibet, Demonstrationen der Uiguren oder Info-Tische der Falun Gong-Bewegung. Informationen erlangen die Dienste auch durch chinesische Journalisten.

**Aktivitäten auf Frankfurter Buchmesse** So stand im Oktober 2009 die Frankfurter Buchmesse im besonderen Interesse der chinesischen Nachrichtendienste. China war Partnerland der Buchmesse, konnte jedoch trotz einiger Versuche der Einflussnahme die Beteiligung regierungskritischer Schriftsteller sowie den Auftritt der Präsidentin des Weltkongresses der Uiguren (World Uyghur Congress – WUC) nicht verhindern. Angehörige der Legalresidenturen beobachteten und fotografierten während der Messe chinakritische Aussteller.

**Ermittlungsverfahren gegen vier Personen** Die Aktivitäten gegen die „Fünf Gifte“ führten auch zu Ermittlungsverfahren des Generalbundesanwalts gegen vier mutmaßliche Zuträger der chinesischen Nachrichtendienste wegen des Verdachts der geheimdienstlichen Agententätigkeit (§ 99 StGB). Diesen gingen umfangreiche Vorermittlungen der Verfassungsschutzbehörden voraus.

Am 24. November 2009 durchsuchte die Polizei die Wohnungen der Beschuldigten. Bei ihnen handelt es sich um vier gebürtige Chinesen, von denen zwei die deutsche Staatsangehörigkeit erworben haben. Sie stehen im Verdacht, die uigurische Exilgemeinde nachrichtendienstlich ausgeforscht zu haben. Auftraggeber war ein im Chinesi-

---

schen Generalkonsulat München angesiedelter Angehöriger des MSS. Dieser kehrte im Dezember 2009 vorzeitig nach China zurück.

**Diffamierung** Die auf nachrichtendienstlichem Wege erlangten Informationen dienen den chinesischen Behörden dazu, einzelne Personen in China unter Druck zu setzen und die den „Fünf Giften“ zugerechneten Personengruppen pauschal als Gewalttäter oder Terroristen darzustellen. Die angeblich von den „Fünf Giften“ ausgehenden Gefahren sowie die Hinweise auf eine mögliche Beeinträchtigung der deutsch-chinesischen Beziehungen sollen deutsche Behörden zu einem Vorgehen gegen diese Personengruppen bewegen.

Im Jahr 2009 richtete sich der Schwerpunkt solcher Aktivitäten gegen die im Exil lebenden Uiguren. Die gewaltsame Niederschlagung der Anfang Juli 2009 in Xinjiang ausgebrochenen Unruhen und die anschließenden Prozesse mit Todesurteilen forderten in China eine unbekannte Zahl an Menschenleben. Unter dem Eindruck dieser Ereignisse organisierten Uiguren auch in Deutschland mehrere Demonstrationen. Unbekannte Täter verübten ebenfalls im Juli 2009 einen Brandanschlag auf das chinesische Generalkonsulat in München, der jedoch nur leichten Sachschaden verursachte.

**Behinderung von Veranstaltungen** Im Blickpunkt der Nachrichtendienstangehörigen stehen vor allem missliebige Veranstaltungen, die sie verhindern oder zumindest behindern wollen. Das betraf im Februar 2009 die von der Falun Gong organisierte Show „Divine Performing Arts“, in der die Bewegung u.a. ihre Verfolgung thematisierte. Das chinesische Generalkonsulat in Frankfurt am Main protestierte mit einer an die Landesregierung Hessen gerichteten Verbalnote gegen diese Veranstaltung. Der Protest blieb allerdings erfolglos.

### 4.3 Aktivitäten in China

**Überwachung von Bevölkerung und Reisenden** Die mit umfangreichen Befugnissen ausgestatteten chinesischen Sicherheitsbehörden überwachen die eigene Bevölkerung, indem sie u.a. die Medien kontrollieren, insbesondere das Internet. Vor diesem Hintergrund sollten Computerhersteller ursprünglich im Juli 2009 durch ein Gesetz verpflichtet werden, neue Geräte mit der vorinstallierten Software „Grüner Damm“ auszustatten. Diese Software sollte angeblich nur dem Jugendschutz dienen, erlaubt aber staatlichen Stellen generell das Mitlesen der elektronischen Kommunikation. Auch wenn dieses Gesetz nicht verabschiedet wurde, dürfte es zu einer Verbreitung dieser Software kommen.

Die Überwachung erstreckt sich auch auf ausländische Besucher. So können Geschäftsreisende bereits beim Grenzübertritt kontrolliert und des Weiteren ihre elektronische Kommunikation abgehört und ihr Verhalten in Hotels oder in der Öffentlichkeit dokumentiert werden.

**Elektronische Angriffe** China ist seit Jahren Ursprungsland groß angelegter, über das Internet betriebener Ausspähversuche. E-Mails mit angehängter Schadsoftware werden weltweit an Privatpersonen, Unternehmen und Behörden versandt (vgl. Kap. VI).

#### **IV. Aktivitäten von Nachrichtendiensten anderer Staaten**

Bei den Spionageaktivitäten der Staaten des Nahen, Mittleren und Fernen Ostens sowie Nordafrikas dominiert neben der klassischen Informationsbeschaffung die Ausforschung Oppositioneller aus diesen Ländern sowie die Unterwanderung ihrer Organisationen. Insbesondere der Iran ist in dieser Hinsicht aktiv.

##### **1. Nachrichtendienste der Islamischen Republik Iran**

Die Nachrichtendienste der Islamischen Republik Iran sind eine wichtige Stütze für das dortige Regime. Hauptträger der nachrichtendienstlichen Aktivitäten sind der zivile In- und Auslandsnachrichtendienst Ministerium für Nachrichten und Sicherheit (Ministry of Information and Security – MOIS, in Farsi: Vezarat e Ettela'at Va Amniat e Keshvar – VEVAK) und der Nachrichtendienst der iranischen Revolutionsgarden (Revolutionary Guards Intelligence Department – RGID).

**Zielbereiche und Aufklärungsschwerpunkte** Schwerpunktaufgabe des iranischen Nachrichtendienstapparates ist die intensive Beobachtung und Bekämpfung oppositioneller Gruppierungen im In- und Ausland. Die Nachrichtendienste beschaffen darüber hinaus im westlichen Ausland auch Informationen aus den Bereichen Politik, Wirtschaft und Wissenschaft.

Die gegen Deutschland gerichteten nachrichtendienstlichen Aktivitäten des Iran gehen vorrangig vom MOIS aus. Aufklärungsschwerpunkte im Rahmen der Ausspähung der Exilopposition sind die „Volksmodjahedin Iran-Organisation“ (MEK) und ihr politischer Arm, der „Nationale Widerstandsrat Iran“ (NWRI). Weitere Aufklärungsziele sind die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik.

---

**Methodik** Das MOIS unterhält an der Iranischen Botschaft in Berlin eine Legalresidentur, die auch mit der Beobachtung von in Deutschland lebenden Oppositionellen beauftragt ist. Daneben leistet sie logistische Unterstützung für nachrichtendienstliche Operationen der MOIS-Zentrale in Teheran.

Der Botschafter der Islamischen Republik Iran in Deutschland äußerte in einem Fernsehinterview<sup>157</sup> zum Fall eines vom iranischen Nachrichtendienst angeworbenen Oppositionellen zwar, es bestünde kein Bedarf, solche Leute zu rekrutieren, da der iranische Geheimdienst Techniken anwende, mit denen er herausfinden könne, was an jedem beliebigen Ort der Welt passiere. Diese Aussage des Botschafters steht jedoch im diametralen Gegensatz zu den Erkenntnissen des Verfassungsschutzes, wonach die Anwerbung menschlicher Quellen unverändert zur Vorgehensweise des MOIS gehört.

## 2. Nachrichtendienste der Arabischen Republik Syrien

Die zahlreichen für die Aufrechterhaltung der inneren und äußeren Sicherheit zuständigen syrischen Nachrichten- und Sicherheitsdienste sollen den Bestand des autoritären Regimes sichern. Insbesondere der zivile Nachrichtendienst Idarat Al-Mukhabarat Al-Amma<sup>158</sup>, der militärische Nachrichtendienst Shu'bat Al-Mukhabarat-Al-Askarya<sup>159</sup> und der politische Sicherheitsdienst Idarat Al-Amn Al-Siyasi<sup>160</sup> sowie der Nachrichtendienst der Luftwaffe Jihaz Al-Mukhabarat-Li'l-Quwwat Al-Jawwiyya<sup>161</sup> handeln gegen deutsche Sicherheitsinteressen.

**Aufklärungsziele** Die syrischen Dienste überwachen im In- und Ausland oppositionelle Gruppierungen und Einzelpersonen, in denen sie eine Gefahr für das Regime sehen. Hierzu zählen islamistische und kurdische Gruppierungen, aber auch Regimekritiker und Menschenrechtsaktivisten.

**Methoden** Für ihre Aktivitäten in Deutschland unterhalten sie eine Legalresidentur an der Syrischen Botschaft in Berlin. Die dort abgetarnt tätigen hauptamtlichen Nachrichtendienstangehörigen führen ein Quellenetz in Deutschland und bemühen sich, dieses auszubauen.

---

<sup>157</sup> Panorama-Sendung der ARD vom 15. Oktober 2009, "Iraner in Deutschland: Das Regime verfolgt seine Kritiker".

<sup>158</sup> Idarat Al-Mukhabarat Al-Amma = Verwaltung allgemeiner Nachrichtendienst.

<sup>159</sup> Shu'bat Al-Mukhabarat-Al-Askarya = Unterabteilung Nachrichtendienst der Streitkräfte.

<sup>160</sup> Idarat Al-Amn Al-Siyasi = Verwaltung politische Sicherheit.

<sup>161</sup> Jihaz Al-Mukhabarat-Li'l-Quwwat Al-Jawwiyya = Geheimdienstapparat der Luftstreitkräfte.



Bei der Werbung neuer Agenten und zur Einschüchterung von Regimegegnern schrecken sie nicht vor Repressalien gegen Betroffene oder deren im Heimatland lebende Angehörige zurück. In Deutschland lebende Zielpersonen müssen im Einzelfall bei einem Besuch in Syrien mit Anwerbungsversuchen oder gar mit Festnahmen, Verhören und Misshandlungen rechnen.

### **3. Nachrichtendienste der Sozialistischen Libysch-Arabischen Volks-Dschamahirija**

**Libysche Sicherheitsstruktur** Das libysche Regime übt mit einem umfangreichen und effektiven Sicherheitsapparat eine umfassende Kontrolle über die Bevölkerung aus. Am 4. März 2009 wurde offiziell bekannt gegeben, dass der Chef des Auslandssicherheitsdienstes Apparat der Sicherheit der Dschamahirija (Hay'ah Al-Amn Al Dschamahirija), Kusa Musa, das Amt des Außenministers (Sekretär für Auswärtige Angelegenheiten) übernimmt. Inzwischen hat Kusa Musa den Auslandsnachrichtendienst als Abteilung ins Außenministerium eingegliedert. Er ist einer der engsten Vertrauten Gaddafis, die dominierende Persönlichkeit in der Struktur der libyschen Nachrichten- und Sicherheitsdienste und hat eine über die Einzeldienste hinausreichende Führungsrolle im Sicherheitsbereich.

In Deutschland entfalten der Auslandssicherheitsdienst und die Revolutionskomitees illegale nachrichtendienstliche Aktivitäten. Diese Aktivitäten gehen vorrangig von den Residenten der Dienste am Libyschen Volksbüro (Botschaft) in Berlin aus. Die Informationsgewinnung beschränkt sich nicht nur auf Deutschland, sondern ist europaweit angelegt. Beide Organisationen verfügen über ein Netzwerk von Spitzeln und Informanten.

**Aufklärungsziele und Methoden** Einen hohen Stellenwert in der Aufklärungsarbeit der libyschen Nachrichten- und Sicherheitsdienste nehmen die Aktivitäten der international vernetzten politischen Oppositionsgruppen ein. Der Auslandssicherheitsdienst pflegt in Deutschland aber auch zahlreiche Verbindungen zu libyschen Asylbewerbern mit islamistischem Hintergrund und führt Informanten und Quellen in diesen Bereichen. Er nutzt bei den Anwerbungsgesprächen den Familiensinn und die Heimatliebe der Zielpersonen und stößt wegen möglicher Repressionen gegen in Libyen lebende Familienmitglieder dabei meist auf geringen Widerstand. Seinen Zuträgern ermöglicht er durch die Ausstellung von libyschen Ausweispapieren ungehinderte heimliche Reisen in die Heimat.

---

#### 4. Nachrichtendienste der Demokratischen Volksrepublik Korea

Nordkorea unterhält zur Aufrechterhaltung der inneren Ordnung und zur Stützung des herrschenden Regimes eine Vielzahl von Nachrichtendiensten. Sie sind alle Kim Jong Il – in seiner Funktion als Vorsitzender des Verteidigungskomitees oder mittelbar als Parteichef – direkt unterstellt. Der größte Teil dieser Nachrichtendienste ist auf Südkorea ausgerichtet. Zu ihren Aufgaben gehört auch die Beeinflussung der öffentlichen Meinung im westlichen Ausland mit dem Ziel, das Ansehen Nordkoreas zu stärken und das politische System in Südkorea zu diffamieren. Zur Beschaffung von Informationen aus Deutschland unterhalten die nordkoreanischen Nachrichtendienste Legalresidenzuren an der Botschaft in Berlin.

**Abteilung Vereinigungsfront** Die Abteilung Vereinigungsfront ist der Koreanischen Arbeiterpartei unterstellt. Sie ist im Inland u.a. für Propaganda zuständig. Im Ausland ist der Dienst bestrebt, südkoreanische Dissidentengruppen sowie auslandskoreanische Gruppen zu betreuen, ideologisch zu beeinflussen und Anwerbungen zu betreiben. Sein Resident ist Parteichef an der Botschaft und somit Ansprechpartner für alle Nordkoreaner in Deutschland bei Reisen nach Nordkorea und Kontaktaufnahmen zu dort lebenden Familienangehörigen.

**Ministerium für Staatssicherheit** Das Ministerium für Staatssicherheit (MfSS) ist in Nordkorea für die Aufrechterhaltung der Staatssicherheit (u.a. Überwachung und Unterdrückung regimekritischer Tendenzen sowie Spionageabwehr) verantwortlich. In Deutschland sorgt das MfSS u.a. für die personelle und materielle Sicherheit an der Botschaft. Sein Resident ist zudem für alle Sicherheitsfragen nordkoreanischer Delegationen und hier lebender Studenten bzw. Gastwissenschaftler zuständig.

**Büro für militärische Aufklärung** Das Büro für militärische Aufklärung untersteht dem Ministerium für Volksstreitkräfte. Zu seinen wesentlichen Aufgaben gehört die weltweite Technologiebeschaffung für die nordkoreanische Armee. Der Vertreter des Büros an der Botschaft ist für die Bereiche militärische Wissenschaft und Handel zuständig, insbesondere für Entwicklung, Patente und Know-how-Transfer.

**Aufklärungsziele** Deutsche Universitäten und Forschungseinrichtungen stehen wegen des hohen technologischen Standards in der Wirtschaft und des technischen Know-how im Fokus nordkoreanischer Dienste. Dabei kommt dem medizinischen Bereich – nicht zuletzt aufgrund der gesundheitlichen Probleme Kim Jong IIs – eine besondere Bedeutung zu.

Aufgabe der Nachrichtendienstangehörigen ist zudem die Aufklärung und Verhinderung von Versuchen nordkoreanischer Staatsangehöriger im Ausland, sich durch Flucht einer Rückkehr nach Nordkorea zu entziehen.

**Methodik** Zur Informationsbeschaffung nutzen die nordkoreanischen Nachrichtendienste die Botschaft. Ihre dort als Diplomaten abgetarnt tätigen Nachrichtendienstoffiziere knüpfen bei ihren offiziellen Aufgaben Kontakte zu interessanten Personen, insbesondere zu Vertretern von Wirtschaftsorganisationen, Firmen oder Hochschulen.

Neben der Gesprächsabschöpfung von Kontaktpersonen nutzen sie allgemein zugängliche Informationsquellen mit Hilfe von in Deutschland aufhältigen nordkoreanischen Gastwissenschaftlern und Studenten. Diese verfügen in der Regel über gute sprachliche Fähigkeiten und stehen dem Staat loyal gegenüber. Die Botschaft führt regelmäßig ideologische Schulungen für diese Personengruppen sowie sonstige in Deutschland lebende nordkoreanische Staatsbürger durch.

## V. Proliferation

**Definition** Unter Proliferation wird die Weiterverbreitung von atomaren, biologischen oder chemischen Massenvernichtungswaffen sowie entsprechenden Trägersystemen bzw. den zu ihrer Herstellung verwendeten Produkten einschließlich des dazu erforderlichen Know-how verstanden.

Bei proliferationsrelevanten Ländern wie Iran, Nordkorea, Syrien und Pakistan ist zu befürchten, dass sie Massenvernichtungswaffen in einem bewaffneten Konflikt einsetzen oder ihren Einsatz zur Durchsetzung politischer Ziele androhen.

---

- Iran und Nordkorea** Insbesondere die Aktivitäten von Iran und Nordkorea geben weiterhin Anlass zur Sorge. Nach wie vor ist ungeklärt, in welchem Umfang diese Länder ein Atomwaffenprogramm betreiben oder danach streben. Der zweite Nuklearwaffentest in Nordkorea am 25. Mai 2009, über dessen „Erfolg“ unterschiedliche Angaben vorliegen, zeigt, wie bedrohlich die Lage in dieser Region ist.
- Aber auch die Aktivitäten beider Staaten im Bereich Raketentechnologie, die möglicherweise darauf ausgerichtet sind, Flugkörper zur Ausbringung von Atomwaffen zu entwickeln, erfordern ein hohes Maß an Aufmerksamkeit und Wachsamkeit der internationalen Staatengemeinschaft.
- Beschaffungsaktivitäten** Die proliferationsrelevanten Länder sind bereits z.T. in der Lage, ihren Bedarf an Produkten und Know-how zum Auf- und Ausbau von Kapazitäten für Massenvernichtungswaffenprogramme im eigenen Land zu decken. Sie unterhalten beispielsweise eigene Produktionsstätten zur Herstellung von Maschinen und Stoffen oder verfügen über wissenschaftliche Einrichtungen, die ihre Forschungsergebnisse für die Entwicklung von Waffenprogrammen zur Verfügung stellen.
- Da diese Einrichtungen jedoch in unterschiedlichen Bereichen der Forschung, Entwicklung und Herstellung dieser Waffen und Trägersysteme bis heute nicht autark sind, müssen sie benötigte Produkte und fehlendes Know-how z.T. auf dem Weltmarkt beschaffen. Auch Deutschland ist von diesen Beschaffungsaktivitäten betroffen.
- Vertikale Proliferation** Den Beschaffungsbedarf vor allem an „dual-use“-Gütern<sup>162</sup> versuchen diese Staaten zu einem großen Teil in den Industrie- oder Schwellenländern<sup>163</sup> zu decken.
- Daneben interessieren sich einzelne proliferationsrelevante Länder für so genannte Schlüsseltechnologie<sup>164</sup>, die – wie beim Iran bekannt – auf dem Weltmarkt gezielt für den Einsatz im heimischen Nuklearprogramm beschafft werden soll.

---

<sup>162</sup> Siehe Fn. 154.

<sup>163</sup> Als Schwellenländer werden Staaten bezeichnet, die zu den fortgeschrittenen Entwicklungsländern gehören, da sie auf Grund hoher wirtschaftlicher Eigendynamik beachtliche Industrialisierungsfortschritte erzielen konnten und in ihrem Entwicklungsstand deutlich gegenüber den Industrienationen aufgeholt haben.

<sup>164</sup> Als Schlüsseltechnologien werden Anlagen, Geräte und Technologien bezeichnet, die zur Entwicklung, Erprobung und zum Aufbau von Massenvernichtungswaffen erforderlich sind.

**Horizontale Proliferation** Die proliferationsrelevanten Länder treten auch selbst als Anbieter von einschlägigen Produkten oder Know-how auf. Sie bieten u.a. Maschinen, Ausrüstungsgegenstände und Know-how an oder verkaufen vollständige und einsatzfähige Raketensysteme zur Ausbringung von Massenvernichtungsmitteln. So sind die proliferationsrelevanten Länder teilweise in der Lage, sich gegenseitig bei der Herstellung und Weiterentwicklung von Massenvernichtungswaffen zu unterstützen.

**Beschaffungsmethoden** Die seit geraumer Zeit bestehenden restriktiven Exportkontrollbestimmungen zur Verhinderung proliferationsrelevanter Wareneinkäufe in Europa, und damit auch in Deutschland, haben ihr Einkaufs- und Beschaffungsverhalten beeinflusst. Die direkte Beschaffung einer Ware oder eines Gutes bildet eher die Ausnahme, da das Risiko der Entdeckung und des Ausfuhrverbots durch die Genehmigungsbehörde zu groß geworden ist.

Um dennoch in den Besitz notwendiger Produkte zu gelangen, wählen sie vielfach die Beschaffung über Drittländer (so genannte Umgehungsausfuhren), schalten Tarnfirmen ein oder machen gegenüber dem Hersteller oder Händler falsche Angaben über den Verwendungszweck mit dem Ziel, den tatsächlichen Einsatz eines Produktes in proliferationskritischen Verwendungen zu verschleiern.

**Wissenstransfer** Die proliferationsrelevanten Länder nutzen bestehende internationale Kontakte zu Universitäten, Instituten oder Forschungseinrichtungen, um sich einschlägiges Grundlagenwissen oder Spezialkenntnisse anzueignen. Gegenüber ihren Gesprächspartnern verschweigen sie jedoch den eventuellen Gebrauch des erlangten Wissens in einem proliferationsrelevanten Kontext. So missbrauchen sie unter Umständen auch den von staatlicher Seite unterstützten und geförderten internationalen Informations- und Erfahrungsaustausch.

**Sensibilisierungen** Die Verfassungsschutzbehörden informieren und sensibilisieren sowohl die Industrie als auch Bildungs- und Forschungseinrichtungen über die Proliferationsthematik und die Risiken für die Betroffenen in Deutschland, wie beispielsweise möglichen Reputationsverlust oder wirtschaftliche Einbußen (vgl. Verfassungsschutz und Demokratie, Kap. V).

**Kooperation** Zur Proliferationsabwehr arbeiten das BfV, das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle, das Zollkriminalamt, das Bundeskriminalamt und der Bundesnachrichtendienst eng zusammen.

---

## VI. Elektronische Angriffe

**Definition** Mit dem Begriff „Elektronische Angriffe“ werden gezielte Maßnahmen mit und gegen IT-Infrastrukturen bezeichnet. Neben der Informationsbeschaffung fallen darunter auch Aktivitäten, die zur Schädigung bzw. Sabotage dieser Systeme geeignet sind.

Dazu gehören das Ausspähen, Kopieren oder Verändern von Daten, die Übernahme einer fremden elektronischen Identität, der Missbrauch oder die Lahmlegung fremder IT-Infrastrukturen (z.B. durch Denial of Services-Attacks<sup>165</sup>) oder die Übernahme von computer-gesteuerten netzgebundenen Produktions- und Steuereinrichtungen. Die Angriffe können dabei sowohl von außen über Computernetzwerke, wie z.B. das Internet, erfolgen als auch durch einen direkten, nicht netzgebundenen Zugriff auf einen Rechner, z.B. mittels manipulierter Hardwarekomponenten wie Speichermedien.

Auch fremde Nachrichtendienste bedienen sich solcher Techniken. Die Bearbeitung von Angriffen mit nachrichtendienstlichem Hintergrund fällt in die Zuständigkeit der Spionageabwehr.

**Feststellungen in Deutschland** Seit dem Jahr 2005 werden auf breiter Basis durchgeführte zielgerichtete elektronische Angriffe auf Behörden und Wirtschaftsunternehmen in Deutschland erkannt, die bis heute in unverminderter Intensität anhalten. Aufgrund der erkannten Merkmale wird der Ursprung der meisten Angriffe Stellen auf dem Gebiet der Volksrepublik China zugeordnet.

Die bei den ausgewählten Zielen zu erlangenden Informationen sind insbesondere für staatliche Stellen von Interesse. Deshalb wird diesen Angriffen eindeutig eine Spionageabsicht unterstellt.

Die Angriffe erfolgen mit E-Mails, deren Anhänge ein Schadprogramm enthalten. Wird der Anhang geöffnet, installiert sich das Schadprogramm unbemerkt auf dem Opfersystem und versucht danach eine Verbindung zu einem Computer in China aufzubauen, von dem weitere Informationen nachgeladen werden. Diese können Anweisungen zum Datendiebstahl oder auch zur Datenzerstörung enthalten.

---

<sup>165</sup> Als Denial of Service versteht man einen Angriff durch eine hohe Anzahl von Anfragen an einen Server, einen Rechner oder an sonstige Netzkomponenten in einem Datennetz mit dem Ziel, einen oder mehrere seiner Dienste arbeitsunfähig zu machen.